



Auf der Baustelle des Bauteams Tretzel ging der Betrieb am Donnerstag ganz normal weiter.

Foto: Böhm

# Trotz Affäre: Der Bau geht weiter

**IMMOBILIEN** Laut Stadt hat Tretzels Unternehmen weiter Baurecht auf dem Nibelungenareal. Einer der ehemaligen Mitbewerber prüft aber mögliche Klagen.

VON HEIKE HAALA, MZ

**REGENSBURG.** Am Donnerstagnachmittag herrscht auf dem Gelände der ehemaligen Nibelungenkaserne ganz normaler Baustellenbetrieb. Kräne wuchten Gebäudeteile in die Höhe, Bauarbeiter werkeln, das Dröhnen der Maschinen und der Baustellenlärm sind weithin zu hören. Es sind die Grundstücke, für die das Bauteam Tretzel (BTT) im Oktober 2014 nach einer zweiten Ausschreibung den Zuschlag bekommen hat.

Jetzt sind sie ein weiteres Mal Gesprächsthema. Denn seit Mittwoch sitzen Oberbürgermeister Joachim Wolbergs, BTT-Chef Volker Tretzel sowie einer seiner ehemaligen Mitarbeiter in Untersuchungshaft. Zudem hat die Staatsanwaltschaft den dringenden Verdacht, dass der OB Tretzel bei der Vergabe dieser Grundstücke „bewusst in rechtswidriger Weise bevorzugt hat“.

## Baurecht und Strafrecht

Jetzt drängen sich viele Fragen auf: Wie geht es auf diesen Teilen des Nibelungenareals weiter? Muss die Ausschreibung neu aufgerollt werden? Besteht jetzt überhaupt noch Baurecht? Oder gibt es sogar einen Baustopp? „Für die Stadt gibt es im Moment keinen Grund für Veränderungen in der Umsetzung von Bauvorhaben auf dem Gelände der ehemaligen Nibelungenkaserne“, sagt Rolf Thym, Pressesprecher der Stadt. Die Baugenehmigung des Bauteams Tretzel sei rechtskräftig und rechtmäßig.

**Dagmar Kierner von Werkvolk Amberg investierte 15 000 Euro in die Ausschreibung.**

Foto: Werkvolk



fig. Daran ändern auch die aktuellen Entwicklungen in der Spendenaffäre nichts. „Das strafrechtliche Geschehen greift nicht automatisch in das Baurecht oder das Vorhaben ein“, sagt Thym.

Es ist nicht das erste Mal, dass über diese Baugrundstücke diskutiert wird. Denn im November 2014 hatte die Regensburger CSU eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die Stadt bei der Regierung der Oberpfalz eingereicht. Die Partei vermutete, dass die Ausschreibung auf Tretzel zugeschnitten sei. Zwar stellte die Regierung damals Verstöße gegen die Geschäftsordnung der Stadt fest, doch würden diese nicht zu einer Unwirksamkeit des Stadtratsbeschlusses führen. Deswegen kam sie zu dem Urteil, dass die Grundstücksvergabe nicht rechtswidrig war. Eine weitere Begründung dafür gab

es nicht. Kann dieses Urteil aber auch jetzt noch Bestand haben? Muss die Regierung die Rechtmäßigkeit des Stadtratsbeschlusses zu der Vergabe vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen nicht ein weiteres Mal überprüfen? „Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es dafür keinen Anlass“, sagt Markus Roth, der Pressesprecher der Regierung der Oberpfalz. Für strafrechtliche Angelegenheiten sei die Staatsanwaltschaft zuständig, die Rechtsaufsichtsbehörde sei ein ganz anderes „Paar Stiefel“. Dennoch haben die Mitarbeiter die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und die Vorgänge in Regensburg genau im Auge. „Für eine Neubewertung der Rechtsaufsichtsbeschwerde aber müssten sich neue Tatsachen ergeben.“

Für wesentlich mehr Aufsehen sorgen die aktuellen Entwicklungen bei Tretzels ehemaligen Mitbewerbern in der Ausschreibung um die Flächen auf dem Nibelungenareal. Zum Beispiel bei Norbert Höß aus Gilching. Für den Chef der Höß GmbH & Co. Hausbau KG hat sich durch die Verhaftungen und die Vorwürfe der

Staatsanwaltschaft eine schlimme Ahnung bestätigt. „Ich habe mir schon lange gedacht, dass da etwas nicht stimmt“, sagt er über die Ausschreibung und die Vergabe an Tretzel. Schon im Dezember hat er einen Anwalt beauftragt. Im Moment prüft der Experte, ob Höß Schadensersatz geltend machen kann. Welchen Umfang diese Forderungen haben könnten – sollte es dazu kommen – weiß Höß jetzt noch nicht.

## Ein Team für die Ausschreibung

Er hatte sich dazu entschlossen, mit seinem Unternehmen an der Ausschreibung teilzunehmen, weil das Bauprojekt genau in sein Portfolio passte. „Das wäre ein schöner Auftrag gewesen“, sagt er. Auch deswegen hat er sich auf die umfangreichen Vorgaben der Stadt eingelassen und ein Projektteam etwa aus einem Architekten, einem Planer für Außenbereiche, einem Projektleiter und weiteren Mitarbeitern zusammengestellt, das sich zwischen vier und sechs Wochen lang mit den Entwürfen für das Nibelungenareal beschäftigte. Was ihn das kostete, kann er nicht beziffern.

Dagmar Kierner, die Vorsitzende von Werkvolk Amberg, kann das schon. 15 000 Euro hat sie die Teilnahme an der Ausschreibung der Stadt gekostet. „Das ist Geld, das ich lieber in Wohnungen gesteckt hätte“, sagt sie heute. Sie berichtet aber auch von einem Mitbewerber, der 40 000 Euro in dieses Unterfangen investierte. Schon deswegen beobachtet sie das Geschehen in Regensburg mit „Befriedigung“. „Ich freue mich, dass wir eine Justiz haben, die solche Dinge aufdeckt und dass sie jetzt ans Tageslicht kommen“, sagt Kierner.

Andreas Bauch, der Geschäftsführer der Bayerischen Landessiedlung, die sich ebenfalls an der Ausschreibung beteiligt hatte, schreibt auf Anfrage unserer Zeitung: „Wie viele Regensburger schauen auch wir mit großer Verwunderung auf die in den letzten Tagen eingetretene Situation.“ Wegen der laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wollte er aber keine weitere Stellungnahme abgeben.

Ein Video zum Thema finden Sie unter [mittelbayerische.de/regensburg](http://mittelbayerische.de/regensburg)